

Rede von Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der ersten Beratung des Bundeshaushaltes 2006

Auszug aus dem Plenarprotokoll der 29. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. März 2006

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Hauptteil des Einzelplans 06 umfasst die Ausgaben für den **Sicherheitsbereich**. Von den rund 4 Milliarden Euro im Entwurf des Haushaltsplans sind rund 2,9 Milliarden Euro, also etwa 73 Prozent, für den Sicherheitsbereich vorgesehen. Das spiegelt den Schwerpunkt der Aufgaben im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern wider.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen durch organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus haben wir einen steigenden Sicherheitsbedarf. Der Aufwuchs in den Ausgaben für den Sicherheitsbereich in einer Größenordnung von 127 Millionen Euro, also etwa 4,5 Prozent, im Entwurf des Haushaltsplans ist im Wesentlichen zurückzuführen auf zwingende steigende Ausgaben für die Beauftragung privater Unternehmen bei der Bundespolizei zur Durchführung der Luftsicherheitskontrollen – damit reagieren wir auf das gestiegene Fluggastaufkommen – und die dringend notwendige Einführung des **Digitalfunks** bei den Behörden der öffentlichen Sicherheit. Wir haben gerade nach den Katastrophenschutzübungen wieder Klagen gehört, dass die entsprechenden Dienste und Einrichtungen noch immer nicht über hinreichende Funkverbindungen verfügen. Es ist dringend notwendig, dass wir die Einführung beschleunigen. Ich bin fest entschlossen, alles zu tun, um dieses langwierige Verfahren bald zum Abschluss zu bringen.

(Beifall bei der CDU / CSU und der SPD)

Ich glaube, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns, ohne im Rahmen dieser Haushaltsdebatte ausführlich darüber diskutieren zu können, immer wieder klar machen müssen, dass wir eine völlig veränderte Bedrohungslage haben und dass wir durch die weltweite Vernetzung der Entwicklungen vor ganz neuen Herausforderungen stehen. Die organisierte Kriminalität bzw. überhaupt irgendwie professionell geplante Kriminalität ist inzwischen immer grenzüberschreitend, europäisch und international. Das ist eine völlig neue Dimension, im Übrigen auch, was meine Erfahrung angeht. Bei mir gibt es ja einen gewissen Erinnerungseffekt in Bezug auf Zeiten vor 15 Jahren. Als auch damals für die innere Sicherheit unseres Landes verantwortliches Mitglied der Regierung sehe ich, dass die europäische und internationale Dimension der Arbeit ungeheuer viel intensiver geworden ist. Das spiegelt die weltweiten Entwicklungen wider.

Wir haben heute und morgen eine Konferenz, auf der wir in Vorbereitung auf die **Fußballweltmeisterschaft** mit den für die Sicherheit Verantwortlichen in Bund und Ländern und allen anderen 31 Teilnehmerstaaten durchchecken, ob wir bei allen Vorbereitungen das Menschenmögliche getan haben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Aber das macht deutlich, dass diese Mittel angesichts der weltweiten Entwicklungen dringend benötigt werden.

Ich füge die Bemerkung hinzu: Eine solche Haushaltsdebatte ist auch Anlass, den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von Bund und Ländern einmal Dank zu sagen für die Arbeit, die sie im Interesse der Sicherheit unseres Landes und aller seiner Bürgerinnen und Bürger leisten.

(Beifall bei der CDU / CSU, der SPD und der FDP – Clemens Binninger [CDU / CSU], zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Warum klatscht ihr denn nicht?)

Dies gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller anderen Sicherheitsbehörden. Ich habe in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, dass wir bei der Gefahrenabwehr auf die Funktionsfähigkeit und Arbeitsfähigkeit von Nachrichtendiensten dringend angewiesen sind. Ohne funktionsfähige, zur internationalen Zusammenarbeit fähige Nachrichtendienste wäre die Sicherheitslage unseres Landes dramatisch schlechter. Ich bitte das Hohe Haus, bei allen anstehenden Verfahren im Zusammenhang mit Institutionen und dergleichen – selbstverständlich unter Wahrnehmung aller parlamentarischen Rechte – darauf zu achten, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei der CDU / CSU und der SPD – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Herr Ströbele, Sie können auch einmal Beifall klatschen!)

Ich möchte, weil im Haushaltsentwurf für diesen Bereich ein Mittelaufwuchs veranschlagt ist, die Anmerkung machen, dass es zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in einem starken Maße erforderlich ist, die Sicherheit bei der Nutzung der **Informations- und Kommunikationstechnologien** zu verbessern, einmal, was die Sicherheit der Informationstechnik selbst betrifft, mehr aber noch, was die modernen Informations- und Identifizierungstechnologien, deren Nutzung einen Sicherheitsgewinn für unser Land bedeuten kann, angeht. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, insgesamt 20 Millionen Euro aus dem Zukunftsfonds der Bundesregierung für den Geschäftsbereich des Einzelplans 06 zu gewinnen, weil wir in der Forschung im Bereich der inneren Sicherheit erhebliche Anstrengungen leisten und dabei auf einem guten Weg sind.

Ich füge, weil hier so viel über die **Föderalismusreform** debattiert worden ist, hinzu, dass wir uns in den kommenden Wochen auch mit der zweiten Stufe der Föderalismusreform zu beschäftigen haben werden. Das wollen wir auch; so haben wir es besprochen, Herr Kollege Burgbacher.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es geht dabei um die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Meine Überzeugung ist, dass wir dabei nur dann Erfolg haben werden, wenn es nicht zu einem Nullsummenspiel kommt. Ein Nullsummenspiel bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen verläuft so: Die Länder beschließen, dass keinem Land weniger Mittel zur Verfügung stehen dürfen als zuvor; der Bund sagt, es dürfe aber nicht mehr kosten. Dann kommt am Ende zu wenig Bewegung.

Wir werden uns der Anstrengung unterziehen müssen, zu überlegen, wie wir nicht durch Grundgesetzänderungen im Bereich der Zuständigkeiten, sondern bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern zusätzliche Synergieeffekte mobilisieren können, damit die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eben nicht zu einem Nullsummenspiel wird.

Der Bereich **E-Governance**, also die Nutzung moderner Informationstechnologien für Verwaltungszwecke, ist ein Bereich, in dem wir durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt – für die Gemeinschaft, für den öffentlichen Gesamthaushalt, für die Steuerzahler – Effizienzgewinne erzielen können. Ich arbeite sehr intensiv daran, das Menschenmögliche zu tun.

Ich habe die Sicherheitsvorkehrungen für die **Fußballweltmeisterschaft** angesprochen. Wir haben vor kurzem im Sportausschuss eine Debatte darüber geführt. Ein Kollege hat mir gesagt: Nun freuen Sie sich doch auf die Fußballweltmeisterschaft; reden Sie nicht immer nur von Sicherheitsproblemen!

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pfeifen Sie die Debatte über den Bundeswehreininsatz ab! Das ist eine gute Gelegenheit!)

– Herr Kollege Wieland, damit wir alle uns auf die Fußballweltmeisterschaft freuen können, ist es notwendig, das Menschenmögliche dafür zu tun, dass bei der Fußballweltmeisterschaft Sicherheit gewährleistet ist, dass sich die Millionen Besucher, die in unser Land kommen werden, wirklich bei Freunden zu Gast fühlen.

Wir haben alles getan, damit es eine fröhliche, freundliche, weltoffene Fußballweltmeisterschaft wird. Dazu gehört, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Das muss sein!

(Beifall bei der CDU / CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Herr Minister, wer steht im Tor?)

– Herr Kollege Wiefelspütz, ich wollte gerade darauf hinweisen, dass sich die Zuständigkeit

des Bundesinnenministers für den Sport nicht auf die Frage der Sicherheit bei der Fußballweltmeisterschaft beschränkt, sondern auch die **Sportförderung** auf nationaler Ebene umfasst. Für diesen Bereich sieht der Haushaltsentwurf Mittel auf dem hohen Niveau der Vorjahre vor. Dabei steht für mich im Vordergrund, dass wir die Freiheit der Sportorganisationen wahren, bis hinzu der Frage, wer im Tor der deutschen Fußballmannschaft stehen wird. Es tut mir Leid: Als Bundesinnenminister bin ich dafür nicht zuständig.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Keine Fachaufsicht?)

– Nein, keine Fachaufsicht.

Aber nun im Ernst: Es ist wichtig, dass auch im Jahr der Fußballweltmeisterschaft in der Bundesrepublik Deutschland eine intensive Sportförderung erfolgt. Dies ist eine sehr vielfältige Aufgabe. Diese wird auch im Jahr der Fußballweltmeisterschaft mit großer Intensität wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können auch ein bisschen stolz darauf sein, dass die Sportler der Bundesrepublik Deutschland bei den Olympischen Winterspielen in Turin in der wie immer fragwürdigen Nationenwertung Platz eins errungen haben. Aber da wir nun schon Platz eins errungen haben, können wir auch sagen: Insofern nehmen wir die Nationenwertung ausnahmsweise einmal ernst.

(Beifall bei der CDU / CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden übrigens bei der Fortführung der Sportförderung große Anstrengungen unternehmen – um es nun im Ernst zu sagen; ich bin entschlossen, mich dafür sehr stark zu engagieren –, die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Spitzensportler – denken Sie an die Olympischen Sommerspiele in zwei Jahren – auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Ich füge hinzu: Auch bei den Paralympischen Winterspielen in Turin haben die Sportlerinnen und Sportler der Bundesrepublik Deutschland mit großartigen Leistungen Platz zwei in der Nationenwertung erzielt.

(Beifall bei der CDU / CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Es waren wunderbar spannende Wettkämpfe. Ich nutze die Gelegenheit gern, dem Herrn Bundespräsidenten für sein ganz außergewöhnliches, großartiges persönliches Engagement, das er gerade den behinderten Sportlern bei den Paralympics in Turin entgegengebracht hat, meinen Dank auszusprechen

(Beifall des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE] – Detlef Parr [FDP]: Sehr richtig!)

Es waren ja einige der Kolleginnen und Kollegen dankenswerterweise anwesend.

Wir werden aus diesem Erfolg Konsequenzen ziehen müssen, um auch unseren behinderten Spitzensportlern für kommende internationale Wettbewerbe gleiche Chancen gewährleisten zu können. Da werden wir neue Maßnahmen treffen. Ich prüfe zusammen mit dem Bundesverteidigungsminister, ob wir in der Vorbereitung auf internationale Wettbewerbe ähnliche Möglichkeiten der Hilfe wie für Spitzensportler auch im Behindertenbereich anbieten können.

(Beifall bei der CDU / CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies muss gar nicht von der Bundeswehr oder der Bundespolizei ausgehen; das kann man auch im Bereich der zivilen Verwaltung machen. Wir sind dabei und werden Ihnen entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.

Das bringt mich zu der Bemerkung, dass der Sport natürlich ein besonders geeignetes Feld ist, um vielfältige **Integrationsprobleme** in unserer Gesellschaft erfolgreich zu bewältigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten bei dieser Gelegenheit den Sportorganisationen, den Vereinen und Verbänden, für ihren Beitrag dazu danken.

Auch folgender Punkt in aller Eile: Natürlich ist die Steuerung und Begrenzung der Migration bzw. der Zuwanderung und die Verbesserung der Integration derjenigen, die zu uns gekommen sind und zu uns kommen, eine der Hauptaufgaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Wir arbeiten daran. Wir hatten heute die große Arbeitstagung zur Evaluierung des **Zuwanderungsgesetzes**, wie wir sie in der Koalitionsvereinbarung verabredet hatten. Ich hoffe zuversichtlich, dass wir auf der Grundlage dieses Erfahrungsaustausches in der Lage sein werden, zu Beginn der zweiten Jahreshälfte mit den Ländern insgesamt zu einvernehmlichen Regelungen zu kommen, auch was Kettenduldungen und Altfälle anbetrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU / CSU – Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir sollten im Übrigen auch zu bundeseinheitlichen Regelungen kommen, wie das **Staatsangehörigkeitsrecht** exekutiert werden könnte. Natürlich brauchen wir am Ende bundeseinheitliche Regelungen, weil alles andere uns in die Irre führt. Einbürgerungstourismus kann Deutschland nicht nützen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragebogen, ja oder nein?)

– Herr Kollege Ströbele, wenn Sie eine einheitliche Regelung aller Bundesländer befürworten und als Bundesinnenminister einen Beitrag dazu leisten wollen, dann sind Sie klug beraten, wenn Sie öffentlich dazu keine Vorgaben machen, sondern zunächst einmal auf eine Einigung der 16 zuständigen Kolleginnen und Kollegen hinwirken. Das ist mein Verständnis. Ich hoffe, wir schaffen es miteinander und gemeinsam.

(Beifall bei der CDU / CSU und der SPD)

Denn am Ende hilft uns bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben der öffentliche Streit über diese Fragen nicht wirklich. Je eher wir eine zwischen Bund und Ländern einvernehmliche und einheitliche Regelung zustande bringen, umso besser sind die Chancen, dass wir die in der Integration bestehenden Defizite, die wir ganz unbestreitbar haben – übrigens nicht nur in Deutschland; das ist in anderen europäischen Ländern, die seit Jahrzehnten mit Zuwanderung konfrontiert werden, ganz genauso; Frankreich hat ähnliche Probleme –, bewältigen. Ohne in lange Schuldzuweisungsdebatten einzutreten, müssen wir uns darauf konzentrieren, dass die Situation besser wird; denn es ist höchste Zeit, dass wir die Integration verbessern.

Weil ich damit begonnen habe, will ich noch folgende Bemerkung machen: Ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesinnenministeriums in den kommenden Monaten wird sein müssen – im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministers –, die deutsche Präsidentschaft in der **Europäischen Union** vorzubereiten. Mir liegt sehr daran, dass wir im Bereich der Justiz- und Innenpolitik in Europa effizienter werden und dass wir klar machen: Europäische Einigung bedroht die Menschen nicht, sondern ist ein Sicherheitsgewinn. Europa ist in der Lage, für uns alle das Leben sicherer zu machen. Dazu müssen wir zwischen erster und dritter Säule in den europäischen Verträgen – und im Übrigen auch nach dem Mechanismus des Prüm-Vertrages – vorankommen, indem wir die Länderzusammenarbeit dort, wo die Länder dazu bereit sind, pragmatisch vereinbaren.

Je mehr wir für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa zusammenarbeiten, umso mehr stärken wir auch die Akzeptanz der europäischen Einigung. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Begleitung bei den vielfältigen Arbeiten.

Herzlichen Dank.